



Herbst 2008
6. Jahrgang
kostenlos

Dance Of The Underclass

Armut & Unterschicht in Deutschland

Regelmäßig veröffentlicht die Bundesregierung einen Armuts- und Reichtumsbericht, aus dem Jahr für Jahr das Elend im Kapitalismus und die offensichtlich ungleiche Verteilung der Einkommen ersichtlich wird. Laut dem Bericht für 2008 zählt jede/r vierte Deutsche als arm oder muss durch staatliche Zuwendungen vor Armut bewahrt werden. Die Hälfte davon – also etwa 13 Prozent der Bevölkerung – gelten tatsächlich als arm, während gleichzeitig die Einkünfte der Reichen weiter steigen. Nach der Definition der Regierung, aber auch des Statistischen Bundesamtes, gilt eine Person als arm, wenn ihr Einkommen unter 60 Prozent des Durchschnittseinkommens liegt.

Die „Unterschicht“-Debatte

Im Jahr 2006 kam es zu einer öffentlich und in den bürgerlichen Massenmedien breit geführten „Unterschicht“-Debatte. Dabei zeigte es sich, dass die in den Medien verwendete – aus der Soziologie entlehnte – Sprache die Klassen extrem aufteilt, um ein gemeinsames Klassenbewusstsein erst gar nicht entstehen zu lassen. Egal, ob diese Menschen als Prekariat, Abgehängte, industrielle Reservearmee oder Lumpenproletariat bezeichnet werden, sie sind genauso Teil der ausgebeuteten und einflusslosen Klasse wie alle anderen Lohnabhängigen auch. In dieser verlogenen öffentlichen Debatte trichterten uns die bürgerlichen Medien ein, dass die Selbstaufgabe der Unterschicht das Pro-

blem ist und nicht die ungerechten kapitalistischen Verhältnisse, die diese Unterschicht erst produzieren. Die ärmsten Teile der Klasse werden vielmehr dazu benutzt, weiter Druck auf die Arbeitenden auszuüben, um den Reallohn und die Arbeitsbedingungen immer

ne Grundvoraussetzung für das Funktionieren des kapitalistischen Wirtschaftens ist. Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schichten spielt eine wichtige Rolle, da sie zum einen Aufstiegsmöglichkeiten anbietet und andererseits jederzeit mit einem sozialen Abstieg gedroht



weiter zu drücken bzw. zu verschlechtern.

Das alte „Teile und Herrsche“

In keiner öffentlichen Debatte wird darauf hingewiesen, dass es die Dynamik und innere Logik des Kapitalismus ist, die zu Unterschichten und Armut führt. Wobei die Aufteilung der Klasse in verschiedene Teile ei-

werden kann. Damit soll zudem die Klassensolidarität und ein gemeinsames Bewusstsein untergraben werden. Noch etwas fällt bei der Debatte um die „neue“ Armut auf. Sie konzentriert sich auf die Unterschicht, also die Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen. Kaum die Rede ist von den berufstätigen Armen, deren Umfang durch die sieben Jahre der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer erheb-

lich zugenommen hat. Die Folge ist, dass mindestens sechs Millionen Menschen in Deutschland für Stundenlöhne unter der Niedriglohnschwelle (9,83 Euro in West- und 7,15 Euro in Ostdeutschland) arbeiten müssen. Zusätzlich wächst die Zahl derjenigen, die trotz zwei oder drei gering bezahlter Tätigkeiten nicht genug Geld zum Leben haben (working poor).

Um angesichts dieser Entwicklungen von vornherein eine anti-kapitalistische Mobilisierung unmöglich zu machen, legen sich die bürgerlichen Medien arg ins Zeug. Die Angehörigen der Unterschicht werden in Reportagen als faul, dumm, ja sogar als hässlich dargestellt. Beliebte ist auch die Vorführung als körperlich und/oder geistig Zurückgebliebene. Ziel dieser Verleumdung ist es, die These, dass die Unterschicht selbst an ihrer Lage schuld sei, fest in der Bevölkerung zu verankern. Es soll kein soziales Mitleid oder gar Solidarität mit den Armen entstehen.

Sozialer Friede oder Klassenkampf?

Dem DGB fallen zu diesen Vorgängen nur Aussagen wie „den sozialen Frieden wahren“ oder „den Standort Deutschland stärken“ ein. Es ist aber der Kapitalismus, der menschliches Elend produziert (Armut, Hunger, Chancenlosigkeit, Bildungsferne, Verwahrlosung usw.). Das heißt, er beutet nicht nur die Arbeitskraft aus, sondern sortiert „unbrauchbare“ Menschen

weiter Seite 2..

BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Dance Of The Underclass
Armut & Unterschicht in Deutschland.....1+2

Bildungsblockaden einreißen
SchülerInnen Planen bundesweiten Schulstreik im November.....1

Gehe zurück auf LOS!
Die Suche eines Allgäuers nach der "moralisch integren"
ArbeiterInnenorganisation.....2

Never Cross a Picket Line
Zum Unterschied zwischen sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften und kämpferischen Basisgewerkschaften.....3

Global gegen Starbucks
mit Aktionen auch in Bayern.....4

Tell it Like it is...
Ein Interview mit 2 Militanten aus den Amper Kliniken in Dachau.....5

GESCHICHTE & KULTUR

Starke Frauen - heute fast vergessen
Folge 1: Zenzl Mühsam.....6

There is Power in a Union
Ein Song von Billy Bragg.....6

Salvador - Kampf um die Freiheit
Ein Film über Salvador Puig Antich.....7

LETZTE SEITE

AG Jugend in der FAU
Eine Selbstdarstellung.....8

Impressum
und Kontakt.....8

Bildungsblockaden einreißen!

SchülerInnen planen bundesweiten Schulstreik im November

In Deutschland hängen die Bildungschancen wie in keinem anderen westlichen Industrieland von der sozialen Herkunft ab. Dies äußert sich durch ein stark abgestuftes Schulsystem mit einigen wenigen Eliteuniversitäten und -schulen auf der einen und vernachlässigten und unterfinanzierten Einrichtungen auf der anderen Seite.

Um an diesen ungerechten Bedingungen etwas zu ändern gründete sich eine Initiative für einen bundesweiten Bildungsstreik in Berlin. Am 22. Mai 2008 gab es dort bereits eine Demonstration während der Schul- und Vorlesungszeit, an der 8.000 SchülerIn-

nen und Studierende teilnahmen. Die zentralen Forderungen waren die Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit, die Abschaffung der Studiengebühren sowie des dreigliedrigen Schulsystems.

Der Funke schlägt über

Daraufhin gab es auch in anderen Städten die Idee, den Widerstand gegen die unsoziale Bildungspolitik aufzunehmen und am 12. November 2008 einen bundesweiten Schulstreik zu organisieren. In München traf sich im Juli eine Gruppe interessierter SchülerInnen, unterstützt durch VertreterInnen verschiedener politischer Gruppen. Auf diesem ersten Treffen wurde ein Mobilisierungsflyer besprochen und anschließend an Schulen



in München und Umgebung verteilt. Beim Nachfolgetermin waren nun schon weitaus mehr Interessierte anwesend. Seitdem ging die Diskussion und die Agitation für einen bundesweiten Bildungsstreik im Herbst weiter. In den wöchentlichen Treffen wurden auch eigene Forderungen erarbeitet, beispielsweise die nach Reformierung des achtstufigen Gymnasiums oder

nach kleineren Klassen und mehr Lehrkräften.

Zur weiteren Mobilisierung und Vernetzung findet vom 10. bis 12. Oktober an der Berliner TU eine SchülerInnenkonferenz statt. Geplant ist, sich dort über die bisherigen Aktionen auszutauschen und das weitere Vorgehen zu koordinieren.

Wer sich an den weiteren Planungen der Aktivitäten zum großen Streik beteiligen will, kann sich auf schulstreik-muenchen.de sowie schulaction.de informieren.

TINA

(BILDUNGSSYNDIKAT / AG JUGEND)



Umwandlung eines Arbeiterlagers in Guben (Jänner 1918).

aus, um sie anschließend wegzuworfen. Gleichzeitig sorgt er für unvorstellbaren Luxus bei den Besitzenden und Reichen. Wenn also die Sozialdemokratie von sozialen Frieden faselt, dann meinen sie die Zementierung der kapitalistischen Verhältnisse, die Garantie für das Kapital, die eingesetzten Geldmittel und die Arbeitskraft der Menschen zu verwerten. Der Kampf muss jedoch für die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschen geführt werden. Wenn wir den proletarischen Klassenkampf das Wort reden, dann beziehen wir uns auf alle Teile unserer Klasse. Das heutige Proletariat in den reichen Ländern besteht aus 70 – 75 Prozent der aktiven Bevölke-

rung wie beispielsweise ArbeiterInnen, Angestellte, un- und angelernte Arbeitskräfte, Scheinselbstständige oder prekär Beschäftigte, egal ob hier geboren oder eingewandert, ob mit oder ohne Papiere. Dazu zählen wir jedoch auch – wie bereits erwähnt – die Angehörigen der Unterschicht (Erwerbslose, Arme, Ausgestoßene, Abgehängte etc.).

United we stand – divided we fall

Gemeinsam haben alle Teile des Proletariats, dass sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und gleichzeitig keine Kontrolle über bzw. Einfluss auf die von ihnen produzierten Waren und

Dienstleistungen haben. Gesamtgesellschaftlich betrachtet werden die ehemals kämpfenden AkteurInnen nun zunehmend zum Gegenstand von Mitleid und Geringschätzung. Dies gilt für alle ArbeiterInnen, besonders jedoch für die ärmsten Teile der Klasse. Und daran beteiligen sich auch Strömungen innerhalb der Linken. Einerseits wird auch in linksradikalen Gruppen verächtlich auf ArbeiterInnen und Arme herabgeblickt und andererseits zeigt der Aufstieg der Linkspartei, dass autoritäre und sozialpopulistische Politikmodelle wieder an Einfluss gewinnen. Sie verstärken damit die Erwartungen an die Stellvertretungspolitik, die es in der arbeitenden Klasse gibt. Anstatt kollektiv zu überlegen, wie wir die Misere unseres Lebens im Kapitalismus aufheben können, verstärkt die Weigerung vieler Linker, sich mit ihrer eigenen sozialen Lage und der aktuellen Verschärfung des Klassencharakters der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft auseinanderzusetzen, die Tendenz, Hoffnungen auf den DGB und den Parlamentarismus zu setzen.

Für den libertären Kommunismus!

Bei der Überwindung des Kapitalismus und seiner Ungleichheit des Besitzes geht es nicht so sehr um radikale Phrasen oder Parolen, sondern um die Mühen und das Begehren der Aneignung. Wir alle unterliegen dem „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Karl

Marx). Im Gegensatz zum Wirtschaften für die Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung, ist das Produzieren und Zirkulieren der Waren im Kapitalismus am Profit und mehr noch am Mehrwert ausgerichtet, ein Selbstzweck, der nie ein Maß findet

essen der großen Mehrheit der Bevölkerung orientiertes Wirtschaften wird jedoch erst in der staaten- und klassenlosen Gesellschaft möglich sein. Deswegen kämpfen wir für den libertären Kommunismus, wobei der Begriff „Kommunismus“ eine Form der Eigentumsverhält-

B. Traven
 „Es laufen so viele Raubmörder herum, wirkliche und moralische, mit Brillanten an den Fingern und einer dicken Perle in der Halsbinde oder goldenen Sternen auf den Achseln, denen jeder Ehrenmann die Hand drückt und sich dabei noch geehrt fühlt. Jede Klasse hat ihre Raubmörder. Die der meinen werden gehenkt; diejenigen, die nicht meiner Klasse angehören, werden bei Mr. Präsident zum Ball eingeladen und dürfen auf die Sittenlosigkeit und Roheit, die in meiner Klasse herrscht, schimpfen.“

und nie endet. Deswegen versuchen die bürgerlichen Kräfte, diesen ökonomischen Zwang auch zu verschleiern. In ihren Medien werden zunehmend die Ursachen der sozialen Probleme und Ungerechtigkeiten bei den Individuen und nicht mehr in den gesellschaftlichen Verhältnissen gesucht. Ein an den Inter-

nisse, nämlich das „Gemeineigentum“, bezeichnet und der Zusatz „libertär“ unseren Anspruch dokumentieren soll, jede Form von Herrschaft zurückzuweisen.

ROMAN

(ALLGEMEINES SYNDIKAT)



Gehe zurück auf LOS!

Die Suche eines Allgäuers nach der „moralisch integren“ ArbeiterInnenorganisation
 - Ein persönlicher Erfahrungsbericht -



Ich bin doch nicht blöd!

Was genau ich damit erreichen wollte, wusste ich wohl selbst nicht. Ich war jedenfalls unzufrieden mit der Lage der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, so weit sie mir bekannt war. Der Prozess gegen Ackermann & Co war gelaufen, mit Zwickel hatte auch die IG Metall ein schwarzes Schaf auf der Showbühne der sogenannten Demokratie auflaufen lassen müssen. Das wäre meiner Meinung nach nicht mehr nötig gewesen; mir war zu diesem Zeitpunkt längst klar, dass der DGB nur einen Part in diesem Schauspiel darstellt, dessen Titel lautet: Wir Großkapitalisten ziehen dem Arbeiter das Fell über die Ohren, ohne dass er's merkt.

Die Geschichte nimmt ihren Lauf...

1991 hatte ich in einem "mittelständischen" Betrieb (500 MitarbeiterInnen) zu arbeiten angefangen, in dem auch der DGB vertreten war. Neben der IG Metall für die "gewerblichen" ArbeiterInnen gab es dort noch die DAG (Deutsche Angestelltengewerkschaft) für die Leute im Büro. Nebenbei be-

merkt: Hierdurch wird in ein und demselben Betrieb die Belegschaft geteilt, ganz nach dem uralten Motto "divide et impera" - teile und herrsche. Zwei Gewerkschaften, zwei Urabstimmungen, für die "Besseren" (Büro) und für die "einfachen" ArbeiterInnen. Dass die Malocher gegen die Sesselfurzer schimpfen, deren Anweisungen sie auszuführen haben, ist wohl kaum zufällig und unbeabsichtigt. Um Himmels willen ja keine geeinte Arbeiterschaft, die gegen die Mächtigen zusammensteht - aber das sei nur am Rande bemerkt.

Die Gewerkschaft meldet sich

Bald nach meinem Eintritt in die Firma nahm ein DAG-Vertreter mit mir Kontakt auf, um mich zum Gewerkschaftseintritt zu bewegen. (Die DAG ist übrigens später in der neugebildeten ver.di aufgegangen.) Er hatte leichtes Spiel, da ich es gut fand, dass sich ArbeiterInnen organisieren. Ich bezahlte meine Beiträge und bekam einen Mitgliedsausweis in die Hand gedrückt. So gingen fast drei Jahre ins Land, bis das Ende nahte. Mir war mündlich mehr Gehalt für eine anspruchsvollere Arbeit versprochen worden, was dann später nicht eingehalten wurde, obwohl ich meinen Teil der Abmachung eingehalten hatte. Dagegen protestierte. In der Folge wollten mich die Chefs loswerden. Der freigestellte Betriebsrat meinte lapidar, es sei besser, wenn ich von selbst ginge, andernfalls sei das sonst

nicht so angenehm mit dem Betriebsklima und so. Ansonsten hatte ich in der ganzen Zeit nie etwas von der Gewerkschaft gehört. Ok, jährliche Betriebsversammlungen und mal ein Warnstreik (der dann mit Urlaub verrechnet wurde, haha). Keine Einladung zu einem Treffen, kein Angebot zur aktiven Mitarbeit, kein Gespräch, ganz einfach gar nix. So hatte ich mir das nicht vorgestellt.

Tschüss Firma und tschüss DAG!

Nach meinem Ausscheiden aus der Firma machte ich mich selbstständig und kündigte nach ein paar Monaten auch die DAG-Mitgliedschaft. Nachdem Bundeskanzler Schröder auch dem letzten Dorftrötel (wie beispielsweise mir) gezeigt hatte, dass doch was dran ist, wenn Linke sagen "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" wurde ich für ein paar Jahre PDS-Mitglied. Dass es auch da mit Demokratie nicht wirklich weit her ist, war dann mit den Aktionen des Berliner Rot-Roten Senats nicht mehr zu übersehen. Ich schnupperte anschließend noch bei den GenossInnen der DKP 'rein, wo mir nicht zuletzt das eiserne Festhalten an der Einheitsgewerk-

schaft zu schaffen machte. Ich hatte ja meine einschlägigen Erfahrungen mit den zahnlosen Gewerkschaften gerade hinter mir. Zu dem Zeitpunkt begann ich,

nach Alternativen zu suchen

und schickte einen Offenen Brief an die linke Tageszeitung "junge Welt", die DKP-Wochenzeitung "UZ - Unsere Zeit" sowie an die DGB-Vertretung in Memmingen und an die ver.di in Kempten. Ich wollte wohl ein bisschen im Ameisenhaufen stochern und hatte von der FAU noch nicht mehr als den Namen gehört. Der Kemptener

brettfahrer und schrieb in seiner Antwort wörtlich: "Die von Ihnen geforderte moralisch saubere und moralisch integre Organisation, die selbstlos und ohne wirtschaftlichen Hintergrund die Interessen der abhängig Beschäftigten vertritt, gibt es nicht, zumindest ist mir keine bekannt, denn auch die dort beschäftigten Menschen haben Anspruch auf angemessene Vergütung, und die wird immer noch von unseren Mitgliedern aufgebracht. Schade, dass Sie nicht dabei sind."

Alle Gewerkschaften korrupt?

Entschuldigung, aber die gibt es schon. Beispielsweise die FAU. Weil hier eben keine Profifunktionäre am Werk sind, die vom Kapital gekauft werden können, so einfach ist das für mich nämlich. Weil hier jeder den Mund aufmachen kann und was zu sagen hat. Weil es - anders als bei ver.di - keine nichtöffentlichen Vorstandssitzungen gibt. Und deshalb sollten meiner Meinung nach alle, die von diesem "Volksherrschaft" genannten Unrechtssystem die Schnauze voll haben, hier mitmachen.

KARL-HEINZ

(ALLGEMEINES SYNDIKAT)



ver.di-Beauftragte zeigte sich sehr betroffen und fast beleidigt, nannte mich einen Tritt-



Never Cross a Picket Line

Zum Unterschied zwischen sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften und kämpferischen Basisgewerkschaften.

- Ein kritischer Vergleich -

„Saw the people standing
thousand years in chains
somebody says
it is different now
look - it is just the same“

(Creedence Clearwater
Revival in „Wrote A Song
For Everyone“)

Wenn in diesem Text die Unterschiede zwischen herkömmlichen Gewerkschaften und kämpferischen Basisgewerkschaften herausgearbeitet werden, dann nicht mit der Absicht, die einfachen Mitglieder und KollegInnen der DGB-Gewerkschaften herabzusetzen. Sie haben es in „ihren“ Gewerkschaften schon schwer genug und es liegt uns fern, sie zu diffamieren. Vielmehr unternehmen wir diesen kritischen Vergleich aus dem Bewusstsein einer Verbundenheit und Klassensolidarität heraus. Die Lohnabhängigen in den anderen Gewerkschaften sind unsere KlassengenossInnen und mit ihnen zusammen (und natürlich mit den Unorganisierten), wollen wir in den Betrieben und auf der Straße den Widerstand gegen die Zumutungen der Bosse bzw. der PolitikerInnen aufnehmen.

Es ist jedoch andererseits auch eine offensichtliche Tatsache, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter den Beschäftigten abnimmt und die DGB-Gewerkschaften beständig Mitglieder verlieren, ohne dass gleichzeitig eine andere Organisationsform der arbeitenden Klasse sichtbar wird. Dies hat - zugegeben - viele Gründe, aber eben auch welche, die beispielsweise eine kämpferische Basisgewerkschaft vermeiden kann.

Die Enttäuschung über den DGB wird oft genug mit den öden Tarifritualen bzw. den vorher mit der Gegenseite abgesprochenen

Verhandlungsergebnissen begründet. Zudem beklagen viele Mitglieder und DGB-AktivistInnen ihre offenkundige Einflusslosigkeit gegenüber einem professionellen und geschulten Gewerkschaftsapparat. Ein weiterer Mangel ist die gesellschaftspolitisch defensive Haltung des DGB und seine geringe Bereitschaft, sich außerbetrieblich zu engagieren.

Es sind im Wesentlichen drei große Bereiche, in denen sich sozial friedliche Gewerkschaften und kämpferisch-antikapitalistische Basisgewerkschaften unterscheiden:

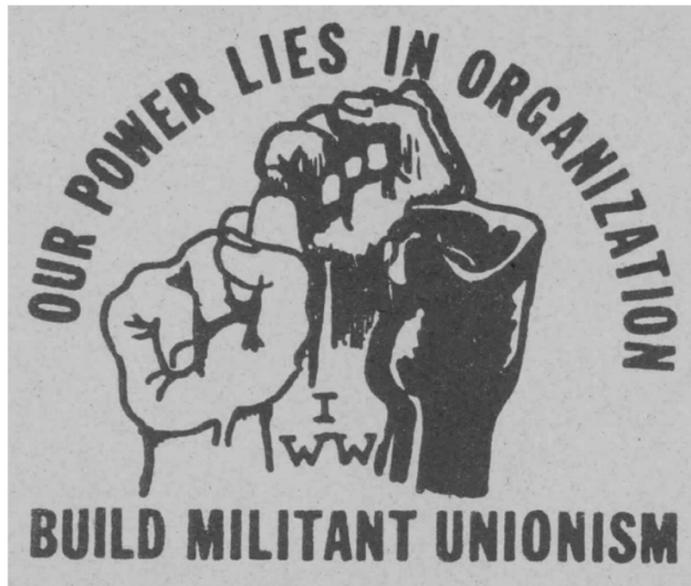
- Aufbau und innerorganisatorische Demokratie
- Arbeitskampf- und gewerkschaftliche Handlungsformen
- gesellschaftliche Zielsetzung

Hierarchie vs. direkte Demokratie

In einer Basisgewerkschaft (wie z.B. der FAU) ist die Selbsttätigkeit der arbeitenden Klasse - also auch des einzelnen Lohnabhängigen - immer ein wichtiges Ziel. Wer die verknöcherte und in weiten Teilen sozialdemokratische Führungsschicht der DGB-Gewerkschaften hautnah erlebt hat, kann schon mal den Glauben an eine starke wirtschaftli-

che Kampforganisation des Proletariats, die die Rechte und Würde der Arbeitenden un-

schaftsmodell ein. Letztlich erweist er sich dabei als Garant für das Kapital und des-



ter allen Umständen verteidigt, verlieren. Es ist diese bis ins Perfekte betriebene Stellvertretungspolitik, die das einfache Gewerkschaftsmitglied und die aktiven Beschäftigten in Arbeitskonflikten in die gleiche Einflusslosigkeit und Passivität drängt wie in den anderen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft auch. Deswegen verwundert es nicht, dass sich in großen Teilen der DGB-Mitgliedschaft eine Art Versicherungsmentalität breitgemacht hat.

Ausdruck dieser undemokratischen Verhältnisse innerhalb des DGB sind beispielsweise die Abstimmungsmodalitäten bei Streiks und Verhandlungsergebnissen.

Die Basisgewerkschaft FAU hingegen unterhält keine bezahlten FunktionärInnen oder andere Leitungspersonen. Alle Entscheidungen werden von der Basis - also den Mitgliedern - gemeinsam gefällt, getragen und letztlich durchgesetzt. Die Gremien der FAU haben nur eine ausführende und koordinierende Funktion, die sich - über ein imperatives Mandat - bindend an die Beschlüsse der Basis (Vollversammlungen) halten müssen. Delegierte können jederzeit abgewählt werden.

Dieses Organisationsprinzip hat übrigens die revolutionäre ArbeiterInnenschaft in der (gescheiterten) Revolution von 1905/06 im russischen Zarenreich entwickelt, indem sie dieses Räteystem erstmalig auf breiter Basis als proletarisch-demokratisches Gegenmodell zum bürgerlichen Parlamentarismus praktizierte. Der DGB hingegen fürchtet fast nichts so sehr wie eine selbsttätige Basis oder eine ArbeiterInnenautonomie und achtet beständig darauf, mittels seines FunktionärInnenapparats die absolute Kontrolle über seine Mitglieder bzw. streikende Belegschaften zu behalten.

Rituale oder Arbeiterkampf ?

Der DGB - als sozial friedliche Organisation - versucht nur die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus in den Betrieben abzumildern, tritt jedoch nicht für ein grundsätzlich anderes Gesellschaft- und Wirt-

sen Verwertungsinteressen. Damit ist es nicht verwunderlich, dass die Gewerkschaftsidee in Deutschland (und anderen entwickelten Ländern) auf den Hund gekommen ist. Ungeachtet dessen, entstanden Gewerkschaften, Unionen und Syndikate im 19. Jahrhundert ursprünglich als Selbstorganisation der ausgebeuteten Massen, um direkt und gemeinsam für die eigenen Klasseninteressen wirkungsvoll kämpfen zu können. Die grundlegende

wehr verhindert. Verhandlungen münden regelmäßig in Flächentarifverträgen, die die Beschäftigten mittels der Friedenspflicht knebeln und am weiteren Kämpfen hindern. Aber wo, wenn nicht im persönlichen Engagement sollen die Arbeitenden ein Klassenbewusstsein entwickeln? Wo, wenn nicht in selbstorganisierten Aktionen gegen die profitorientierten Verhältnisse in den Betrieben sollen die Lohnabhängigen Selbstvertrauen und Zuversicht in die eigene Stärke aufbauen?

Streik ist nicht gleich Streik

Eine Basisgewerkschaft, die diesen Namen verdient wird unmöglich eine kämpfende oder streikende Belegschaft ausbremsen, sondern sie im Gegenteil in ihrem Kampf unterstützen und anspornen. Sie führt Arbeitskämpfe grundsätzlich anders als beispielsweise der DGB. Dabei spielt der eklatante Unterschied zwischen einem passiven und aktiven Streik eine wichtige Rolle. Bei einem passiven Streik legen die Beteiligten die Arbeit nieder und gehen anschließend erst mal nach Hause. Ab und zu werden sie für kurze Zeit zu einer Aktion bzw. Demonstration gerufen, auf der sie von „ihrer“ Gewerkschaft eine Plastiktüte übergestreift be-

There is power in a union

Ziel all dieser Maßnahmen ist es, die Selbstorganisation der Streikenden zu fördern und, falls eine Basisgewerkschaft in solch einem Arbeitskampf involviert ist, besteht ihre Aufgabe darin, den Aktiven mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, die Beteiligten jedoch in keiner Phase der Auseinandersetzungen zu bevormunden. Der bekannte Theoretiker des Rätekommunismus, Anton Pannekoek - sonst ein ausgewiesener und leidenschaftlicher Streiter gegen Gewerkschaften - hat in seinem Hauptwerk „Arbeiterräte“ genau diese wichtige Funktion von erfahrenen und kämpferischen Gewerkschaftskernen erwähnt. (siehe Kasten)

Demnach könnte eine Basisgewerkschaft bei einem Streik eine Gegenöffentlichkeit herstellen und somit helfen, dass die Streikenden (oder Protestierenden) über ihre Motive und Beweggründe sowie ihre konkreten Erfahrungen in der Auseinandersetzung berichten können. Als eine weitere Aufgabe für eine beteiligte Basisgewerkschaft ergibt sich die Organisation eines direkten und selbstkontrollierten Erfahrungsaustausches zwischen streikenden Belegschaften.

Anders, bzw. konkret formuliert, stellt die Basisgewerk-



FAU-Streik bei einer Zeitarbeitsfirma in Frankfurt am Main

Idee des Syndikalismus (übersetzt: Gewerkschaftsbewegung) ist die proletarische Gegenmacht, also der Kampf sowohl für Tagesforderungen als auch für die Emanzipation der arbeitenden Klasse. Erst die politischen Parteien (und ähnliche Gruppen) degradierten im Lauf der Zeit diese Selbstorganisation der Lohnabhängigen zu Anhängseln ihrer Machtinteressen.

Dementsprechend sieht die Praxis des DGB mit ihren grünen und SPD-FunktionärInnen heute aus:

Harmlose Warnstreiks, kanalisierte Arbeitskämpfe und ritualisierte Verhandlungsrunden mit den Bossen auf angeblich gleicher Augenhöhe. Vorpreschende Belegschaften werden zurückgepfiffen, streikende Beschäftigte voneinander isoliert und mit vorgeschobenen Argumenten - wie die Aussichtslosigkeit eines Kampfes oder das „Wohl“ des Betriebes - die Gegen-

kommen und eine Trillerpfeife in den Mund gesteckt, damit sie sich nicht auf andere Art und Weise artikulieren.

In einem aktiven Streik dagegen bleiben die Beschäftigten im oder am Betrieb, organisieren ständig Versammlungen und wählen Aktionskomitees bestehend aus Streikenden und nicht aus FunktionärInnen. Es wird aktiv versucht, den Arbeitskampf auf andere Betriebe und Branchen auszuweiten, indem Delegationen der streikenden Belegschaft ihre KollegInnen an anderen Orten aufsuchen.

schaft zwar ihre Struktur (Räume, technisches Gerät, Zeitungen etc.), Wissen, Erfahrung und finanzielle Mittel zur Verfügung, doch die Streikenden (und darunter natürlich auch die im Arbeitskampf befindlichen eigenen Mitglieder) sind es, die über die Forderungen, den Verlauf, die Fortführung und Ergebnisse des Streiks in Vollversammlungen autonom entscheiden.

Wo möglich, sollten Streikzelte bzw. -lokale eingerichtet und Busse gechartert werden, um Verbindungen zu anderen Belegschaften herstellen zu können. Aufgaben, die sicherlich

Maxim, das Kino mit Biss

maxim
kino

Landshuter Allee 33
80637 München
Telefon 163721

S-Bahn - Donnersberger Brücke, U1 - Rotkreuzplatz, Bus 53, 133 - Schlörstraße



über die finanziellen und personellen Möglichkeiten von isolierten Betriebsgruppen oder Belegschaften hinausgehen.

Aber auch über den einzelnen Arbeitskampf hinaus bieten kämpferische Basisgewerkschaften als selbstorganisierte Organe der proletarischen Gegenmacht große Vorteile. Sie können Erfahrungen (und zwar aus anderen Betrieben, Branchen, Städten, Ländern und sogar Zeiten) sammeln, bündeln und weitergeben.

Hat der DGB eine panische Angst vor der Selbsttätigkeit der Klasse, etwa wenn Streiks und Aktionen drohen auf andere Betriebe/Branchen überspringen, oder wenn es zu wilden und politischen Streiks kommt, versucht die FAU, sich als Teil der Klasse an solchen Aktionen der Arbeitenden zu beteiligen, sie zu initiieren oder wenigstens aktiv zu unterstüt-

zen. Ein weiterer wichtiger Unterschied liegt in der Praxis von antikapitalistischen Basisgewerkschaften, Arbeitskämpfe wenn möglich sofort zu internationalisieren und Solidarität über Grenzen hinweg zu praktizieren.

A las barricadas

Dass solch eine gewerkschaftliche Praxis nicht zwangsläufig irgendwann in eine reformistische „Mitbestimmungspolitik“ mündet zeigt die spanische CNT. In ihrem Kampf sowohl für konkrete Tagesforderungen wie für die Überwindung des Kapitalismus organisiert diese anarcho-syndikalistische Basisgewerkschaft seit längerem pro Woche landesweit etwa fünf Streiks, kämpft, wo möglich und nötig äußerst militant, initiiert internationale Kampagnen und handelt Be-

triebsvereinbarungen (keine Flächentarifverträge, keine Friedenspflicht) aus, über die die Belegschaften in Vollversammlungen abstimmen.

Hinter all diesen praktischen Methoden und Unterschieden steht zentral der Wille, nicht fremden (Macht)Interessen zu dienen, sondern für die eigenen zu kämpfen, und eine Gewerkschaft wieder zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte: Ein Kampfmittel von und für ArbeiterInnen, um ihre eigene Emanzipation Schritt für Schritt zu erreichen.

Kick it over

Wie bereits anfangs betont, kämpfen die FAU-Militanten über Organisationsgrenzen hinweg gemeinsam mit den DGB-KollegInnen gegen die Bosse und ihre Verwertungsinteressen. Trotzdem muss in jeder Streikbewegung darauf gedrängt werden, dass Selbstvertretungen der Streikenden (Komitees) gegründet werden, die auf den Arbeitskampf einwirken und den Einfluss der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften bzw. deren Schwächigungspolitik zurückdrängen. Die Komitees (oder Ausschüsse) sollten zudem die betrieblichen mit den allgemeinen Bedingungen des Kapitalismus verbinden und ihre Praxis als sowohl wirtschaftlich, als auch politisch begreifen. Der Kampf geht nicht nur um Lohnpolitik, gegen miese Arbeitsbedingungen und lange Arbeitszeiten, sondern um eine andere Gesellschaft. Dies in je-

aus "Anton Pannekoek: Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution"

„...So stehen die beiden Organisations- und Kampfmethoden im Gegensatz zueinander; die alte der Gewerkschaften und des gesetzlichen Streikes, die neue des spontanen Streiks und der Arbeiterräte. Dies soll nicht bedeuten, dass die frühere Form einfach irgendwann von der neuen als der einzigen Alternative ersetzt wird. Zwischenformen können ausgedacht und Versuche aufgenommen werden, die Gewerkschaftsbewegung durch Beseitigung ihrer Übelstände und Einhalten ihrer richtigen Grundsätze zu einem brauchbaren Kampfmittel umzubilden, die Führerschaft einer Beamtenbürokratie zu vermeiden, die Trennung durch enge Berufs- und Gewerbeinteressen aufzuheben und die Erfahrungen früherer Kämpfe zu bewahren und auszunutzen. Nach einem großen Streik könnte dies dadurch geschehen, dass zum Beispiel ein Kern der besten Kämpfer in einer allgemeinen Union erhalten bleibt. Wo auch immer ein Streik spontan ausbricht, ist diese Union dann mit ihren erprobten Propagandisten und Organisatoren zur Stelle, um die unerfahrenen Massen mit ihrem Rat zu unterstützen, um sie zu unterrichten, zu organisieren und zu verteidigen. Dann bedeutet jeder Kampf einen Fortschritt in der Organisation, nicht im Sinne einer Beitrag zahlenden Mitgliedschaft, sondern im Sinne der wachsenden Klasseneinheit.“

dem (Tages)Kampf wenigstens anzusprechen und damit nach und nach ein Klassenbewusstsein bei den aktiven Beschäftigten zu fördern, ist ein weiterer fundamentaler Unterschied zwischen DGB und FAU.

Die DGB-FunktionärInnen kleben an ihren wohl-dotierten Stühlen. Von ihnen ist keine kämpferische Klassentaktik zu erwarten. Ganz im Gegenteil, die sozialdemokratischen Politprofis in Partei (SPD, die Linke) und Gewerkschaft (DGB) handeln im kapitalistischen Gesamtinteresse. Dies bedeutet, dass Politikmachen innerhalb des bürgerlich-demokratischen Staates immer – Reformen hin oder her

– dazu dient, die Kapitalverwertung bzw. das Erzielen von Profit zu gewährleisten.

Demgegenüber werden radikale ArbeiterInnen und ihre Basisgewerkschaften immer versuchen, eine militante proletarische Bewegung gegen die kapitalistische Zurichtung aufzubauen, die in der Lage ist, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden und damit gleichzeitig die Arbeitsgesellschaft abuschaffen. Insofern verspüren wir die „**Sehnsucht nach dem ganz Anderen**“ (Max Horkheimer)

ROMAN

(ALLGEMEINES SYNDIKAT)

Global gegen Starbucks

- mit Aktionen auch in Bayern

Schon öfters kam es in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen zwischen der Systemgastronomiekette STARBUCKS und kämpferischen Basisgewerkschaften wie den "Industrial Workers of the World (IWW)". Anlass war dabei meist der grobe Umgang der Kaffeebar-Kette mit ihren Beschäftigten. Neben schlechter Bezahlung und miesen Arbeitsbedingungen ging und geht es regelmäßig um die Gewerkschaftsfeindlichkeit von STARBUCKS. Der aktuelle Auslöser

für einen globalen Aktionstag am 5. Juli 2008 gegen den Kaffeebar-Multi war die Entlassung von zwei GewerkschafterInnen: Monica, CNT-Mitglied im spanischen Sevilla, und Cole von den IWW in Grand Rapids (USA). Diese zwei Basisgewerkschaften riefen also zur weltweiten Solidarität auf. AktivistInnen in etwa 80 Städten rund um den Globus organisierten Aktionen vor und in STARBUCKS-Filialen. In der BRD zogen FAU-Gruppen vor mehr als 40 Filialen, und auch

in Bayern bekam STARBUCKS unerwünschten Besuch.

Nürnberg

Bereits im Vorfeld des internationalen Aktionstags versuchten AktivistInnen der FAU-Initiativgruppe in der fränkischen Metropole Kontakt mit der Belegschaft von STARBUCKS aufzunehmen, was daran scheiterte, dass sie an eine Geschäftsführerin gerieten. Am Aktionstag selbst trafen sich die FAUistas, besprachen den Ablauf, teilten die 1000 Flyer unter-

einander auf und zogen in 3er Teams während der Mittagszeit gleichzeitig zu allen drei Filialen in Nürnberg. Die Reaktionen auf die Protestaktion war meist positiv, beispielsweise durch den Kommentar: "Ohne Gewerkschaft ist alles doof?" - Da habt ihr völlig Recht!" Auch die Rückmeldung, dass man da eh nicht einkaufen würde und jetzt erst recht nicht mehr, kam öfters von PassantInnen. Nach wenigen Stunden mussten die AktivistInnen ihre Solidaritätsaktion abbrechen, da alle Flyer restlos verteilt waren. Anschließend gingen die FAU-GewerkschafterInnen gemeinsam auf ein Straßenfest in Nürnberg und hingen dort ein großes Transparent zum internationalen Aktionstag gegen STARBUCKS auf. Auch hier konnten sie sich über positive Reaktionen auf ihren Protest freuen.

München

Mitglieder des Bildungssyndikates der FAU München haben am Aktionstag fünf Filialen von Starbucks in der gesamten Mün-

chener Innenstadt besucht. Sie verteilten dabei Flugblätter sowohl in den Filialen an die Beschäftigten bzw. die KundInnen, als auch außerhalb. Es

gab fast nur positive Reaktionen, vor allem innerhalb der größtenteils international zusammengesetzten Kundenschaft. Viele waren empört über die Missstände bei Starbucks und zeigten Verständnis für den Protest. Vorsichtiger waren hingegen die Baristas, die bei Nachfragen zu den eigenen Arbeitsbedingungen meistens schnell an die GeschäftsführerInnen verwiesen.



WERKSTATTKINO
Fraunhoferstr. 9 80469 München Tel/Fax 089/2607250

1 zum Hauptfilm
2-3

BASIS
Buchhandlung
Antiquariat

Psychologie
Theologie
Film
Literatur
Architektur
Kunst
Politik
Philosophie

Adalbertstr. 41b - 43
80779 München
www.basis-buch.de

RUFFINI
Cafe - Konditorei - Weinhaus

Dienstag bis Sonntag 10 bis 24 Uhr
Orffstr. 22-24, U1 Rotkreuzplatz
Tel.: 089/161160
www.ruffini.de



Tell It Like It Is...

Ein Interview mit zwei Militanten aus den Amper Kliniken in Dachau

Vor über einem Jahr rüttelte ein Arbeitskampf an den Amper Kliniken in Dachau die Öffentlichkeit der beschaulichen Kleinstadt vor den Toren Münchens auf. Im Sommer/Herbst 2007 waren die miesen Arbeitsbedingungen wochenlang Thema in diversen Lokalzeitungen der Kreisstadt. Vielen Menschen in Dachau dämmerte spätestens zu diesem Zeitpunkt, dass die Privatisierung der Kreiskliniken Dachau/Indersdorf im Jahr 2001 ziemlich negative Folgeerscheinungen nach sich gezogen haben. Dies gilt sowohl für die Klinikbeschäftigten - die unter Personalreduzierungen, billiger Leiharbeit und schlechteren Arbeitsbedingungen zu leiden haben - als auch für PatientInnen, die zunehmend über eine schlechtere Versorgung klagen. Der größte Schock setzte ein, als die "vorprivatisierten" Kliniken 2005 an die bundesweit im Gesundheitssektor stark expandierende "Rhön Klinikum AG" verkauft wurden. Zwar besitzt der Landkreis noch gut 25 Prozent der Anteile an den Kliniken, aber die private Aktiengesellschaft gibt seitdem den Ton und das Tempo bei den Umstrukturierungen an.

Eine seit einigen Jahren in der Klinik in Dachau aktive Betriebsgruppe bekam im letzten Jahr durch die FAU Unterstützung in ihrem Kampf gegen die schlechten Arbeitsbedingungen. Mit Flugblättern, Aktionen, Veranstaltungen und einer Kundgebung gingen aktive Beschäftigte, Angehörige der Betriebsgruppe und FAU-GewerkschaftlerInnen gegen die Klinikleitung vor. Diese Entwicklung wurde von zwei Betriebsmilitanten aus den Amper Kliniken in einem Artikel mit der Überschrift "A new morning - changing weather" auf der Titelseite der Oktoberausgabe 2007 der "Direkte Aktion München" zusammengefasst. Seitdem ist ein Jahr vergangen. Es ist an der Zeit, einmal bei den beiden Aktiven nachzufragen, was sich im letzten Jahr in diesem Arbeitskonflikt alles getan hat.

(FAU MÜNCHEN)

Am Schluss Eures Artikels in der vorletzten Ausgabe der "DAM" habt Ihr geschrieben: "Der Kampf um unser Recht und gegen diese Arbeitsbedingungen wird weiter gehen! So oder so! Könnt Ihr uns einen kurzen Überblick über die Entwicklung seit Oktober 2007 geben?"

Seit September 2007 findet einmal im Monat ein Stammtisch der Beschäftigten der Amper Kliniken statt, der als unabhängiges Gremium die verschiedenen Berufsgruppen zusammen führen soll. Also die Pflege, die dort hauptsächlich vertreten ist. Aber auch die seit letzten Jahr auf allen Ebenen eingestellten Service Kräfte. Es nehmen auch unregelmäßig Ärzte und TherapeutInnen teil. Aus dem Stammtisch soll langfristig eine Art autonome Versammlung hervorgehen, die Beschlüsse fasst und versucht diese in die Tat umzusetzen. Nachdem im Winter die öffentliche Aufmerksamkeit rückläufig wurde, organisierten die KollegInnen des Stammtisches wöchentliche Infostände in der Dachauer Altstadt. Seit Februar diesen Jahres erscheint eine Betriebszeitung, die ANTIGEN. Leider erst mit einer Ausgabe. Die Nr. 2 steht aber bereits in den Startlöchern. Es muss auf jeden Fall betont werden, dass mit den selbstorganisierten Akti-

vitäten das Selbstbewusstsein der KollegInnen stetig gestiegen ist. Am Anfang waren einige noch zaghaft, was beispielsweise das Verteilen von Flugblättern anbelangt. Mittlerweile ist es für die Leute selbstverständlich. Im Sommer hielt zwar das viel zitierte Sommerloch Einzug, aber nach der Großdemonstration am 25. 9. in Berlin steigt definitiv wieder die Bereitschaft. Dort haben 130.000 KollegInnen aus dem ganzen Bundesgebiet protestiert. Diese Masse hat schon nochmal gepowert. Wir sind mit 2 Autos auf eigene Kosten aufgefahren, haben 500 Flugblätter verteilt und ein eigenes Transpi mit im Gepäck gehabt. Allerdings ist es mehr als grotesk, dass Klinikleitungen und Gewerkschaften gemeinsam demonstrieren, um mehr Kohle vom Staat zu fordern, da so das eigentliche Problem nicht angesprochen wurde. Nämlich, dass im Zuge von Privatisierungen mehr und mehr Stellen im Klinikbereich abgebaut werden. Die Bosse konnten sich als arme Würstchen darstellen, die vom Staat quasi zu solchen Maßnahmen gezwungen werden.

Wie waren im letzten Jahr die Reaktionen auf Eure Initiativen und zwar sowohl von Seiten der Klinikleitung wie seitens der Belegschaft?

Die KollegInnen sprechen uns immer öfter an. Allerdings ist die Bereitschaft selbst zur Tat zu schreiten nach wie vor gering. Trotzdem gibt es schon so etwas wie eine passive Sympathie. Gerade wenn z.B. die ANTIGEN verteilt wird. Früher musste man damit rechnen, dass manche, wenn sie unter Druck geraten, Dinge preisgeben. Das hat sich geändert. Und von Seiten unserer Geschäftsführung kam bisher keinerlei Repression. Was schon ziemlich verwunderlich ist, wenn man sich die Vorgeschichte der Am-



per Kliniken ansieht. Hier wurde immer die "Zero Tolerance" - Schiene gefahren, also jeden Anschein von Widerspruch im Keim ersticken. Das verwundert uns selbst.

Haben sich die Löhne, Arbeitsbedingungen oder wenigstens die Stimmung in der Klinik verbessert?

Weder noch.

In einer internen Gesprächsrunde hat der Vorstand Uwe Schmid beklagt, dass schlechte Fallzahlen zu verzeichnen seien. Er macht dafür den "negativen Presserummel" des letzten Jahres verantwortlich. Macht er es sich dabei zu einfach?

Das stimmt so nicht ganz. Die Geschäftsführung hat zu einem "Gesprächskreis Pflege" eingeladen. Dort nahmen der Betriebsrat und 10 Pflegekräfte aus

verschiedenen Bereichen teil. Außerdem die Pflegedienstleitung (PDL) und der Personalchef. Grund hierfür war, laut Einladung, der "schlechte Ruf der Pflege". Zudem wurde in dieser Zeit der Leserbrief eines Lokalpolitikers in der Zeitung veröffentlicht. Die Herren mit den Krawatten sehen den Ruf der Amper Kliniken als geschädigt an. Allerdings stellte sich schnell heraus, dass die Qualität der Pflege keineswegs schlecht ist. Die Runde wurde fortan dazu genutzt Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitssituation zu erarbeiten. Ohne Beisein von Krawatten. Wo das Problem liegt ist klar. Jede Station arbeitet mit einer Mindestbesetzung als Maximum. Natürlich kann man auch mit einem Reservereifen fahren. Wenn aber dann ein Reifen platzt hat man ein Problem. Dass nun mehr Personal eingestellt wird, glauben wir nicht. Es wurde aber eine Reihe von konstruktiven Vorschlägen erarbeitet. Sie konnten aber noch nicht präsentiert werden, deshalb soll die Katze noch im Sack bleiben. Und zu den Fallzahlen: Es gibt zu viele PatientInnen, die nie in den Statistiken auftauchen. Stichwort "Mitternachtsstatistik". PatientInnen, die nur tagsüber für einige Stunden betreut werden, fallen da durch, z.B. ambulante OPs. Zahlen sind was schönes und können immer noch mehr geschönt werden.

Spürt das Pflegepersonal einen Lohndruck durch Neueingestellte?

KollegInnen, die nach der Übernahme durch die RHÖN AG eingestellt wurden, erhalten weniger Gehalt. Die, die bereits davor hier gearbeitet haben, bekommen eine Ausgleichszahlung. Also die Differenz zum alten Gehalt nach BAT (Bundesangestellten Tarif). Das ist aber weniger ein Thema untereinander. Es gibt in der letzten Zeit wieder vermehrt unbefristete Verträge. Trotzdem kündigen sehr viele schnell wieder. Auch KollegInnen, die seit vielen Jahren hier arbeiten.

Zum Ende des Jahres läuft der von ver.di ausgehandelte Haustarifvertrag aus. Gibt es Informationen oder sogar Auseinandersetzungen innerhalb der Klinik wegen eines neuen Haustarifvertrags?

Seit Mai 2008 gibt es eine zweite Betriebsgruppe der ver.di im Haus. Diese bemüht sich einen Diskussionsprozess über den HausTV in Gang zu setzen. Klar, denn die ver.di hat in unserem Betrieb so gut wie keine Mitglieder. Bisher war es uns von der Unabhängigen Betriebsgruppe nicht möglich sich mit der ver.di Betriebsgruppe auszutauschen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Es wurde uns schon die Bereitschaft zu Gesprächen signalisiert, was wir sehr begrüßen. Von den Funktionären in München erwarten wir nicht all zu viel Unterstützung. Da ist das Verhältnis etwas vergiftet. Trotzdem werden wir eigene Forderungen aufstellen. Vor allem muss der Status des Service Personals geklärt werden.

Was wollt ihr mit eurem Engagement konkret an der Klinik erreichen?

Fest steht: Selbst in einem Betrieb mit einer nicht existenten gewerkschaftlichen Basis, kann man nicht an den langen Armen der ver.di vorbei. Die Gewerkschaften haben nie das Ziel die Lohnarbeit abzuschaffen und die ArbeiterInnen zu emanzipie-

ren. Sie sind ein Teil des kapitalistischen Produktions- und Verwertungszyklus. Sie haben lediglich die Aufgabe den Wert der Arbeitskraft zu verhandeln. Eine Emanzipation kann also nur autonom von den Gewerkschaften erreicht werden. Unser Ziel ist es selbstorganisierte Strukturen, wie den Stammtisch und die Betriebszeitung, aufrecht zu erhalten. Auch wenn wir vorerst zu unseren Betrieben beschränkt bleiben. Darum arbeiten wir an einer Vernetzung von Betriebsgruppen in verschiedenen Kliniken bzw. im ganzen Gesundheitswe-

da nicht sofort Bambule auf der Tagesordnung stand. Die Branche der Pflegeberufe hat sich noch nie durch hohe Kampfbereitschaft ausgezeichnet. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass man jahrelang dran bleiben muss.

Wie entwickelt sich die unabhängige Vernetzung von Betriebsgruppen im Gesundheitswesen, an der ihr beteiligt seid?

Es handelt sich ja augenblicklich um eine virtuelle Vernetzung, mittels Internet. Auf www.ungesundleben.org/be-



sen. Auch muss betont werden, dass für uns Betriebsarbeit den legalistischen Rahmen sprengen muss. Nicht immer. Aber wenn es notwendig ist durchaus. Ein Totschlagargument ist immer wieder, dass manche Forderungen unrealisierbar wären. Natürlich steht für keine/n unserer KollegInnen die soziale Revolution auf der Tagesordnung. Es ist mehr als verständlich, dass man seine Arbeitskraft "besser" verkaufen, sprich mehr Lohn haben will. Aber es rührt nicht am eigentlichen Problem. Diese Erregenschaften sind nur temporär und können bei den nächsten Tarifverhandlungen wieder gänzlich bedroht sein. Es reduziert sich immer auf die Eigentumsfrage. Wer besitzt, in unserem Falle, die Kliniken? Wer erwirtschaftet den Mehrwert? Wer hat primär das Nachsehen? Wer ist reiner "Kostenfaktor"? Die Antworten liegen auf der Hand. In unseren Händen. Eine Lösung wollen wir aber unseren KollegInnen nicht präsentieren, selbst wenn wir es könnten. Wir wollen sie gemeinsam mit ihnen herausfinden.

Gibt es Verbindungen zu anderen Bereichen in der Klinik, etwa aus der Wäscherei, Reinigung oder den TherapeutInnen?

Wäscherei gibt es gar nicht mehr. Das wird extern erledigt. Die Wäsche fürs Personal kommt seit März aus einem Automaten. Unsere Arbeitskleidung hat einen integrierten Chip. Die Reinigung wird ebenfalls von einer externen Firma übernommen. Die KollegInnen sprechen fast alle nicht unsere Sprache, was ein zusätzliches Hindernis darstellt. Sie bleiben untereinander und es besteht der konkrete Verdacht, dass sie angewiesen werden, nicht mit anderen zu sprechen. Früher gab es sehr gute Kontakte zu den alten Reinigungskräften. Bei den PhysiotherapeutInnen hat sich das Verhältnis aufs Hallo sagen reduziert. Leider.

Hat sich Eure Einschätzung des Arbeitskonflikts seit dem letzten Jahr geändert? Geht ihr mit anderen Erwartungen heran?

Für uns war klar, dass die Aktionen nicht die große Veränderung unserer Arbeitsbedingungen zur Folge haben werden. Das war bei der FAU nicht so klar. Da waren die Gesichter ziemlich lang, dass

triedsgruppen tragen sich immer mehr Gruppen ein. Aktuell sind es zwölf. Zuletzt die Betriebsgruppe Wahrendorff. Ein Treffen oder dergleichen hat noch nicht stattgefunden.

Habt ihr eine mögliche Antwort auf die Frage, die auch uns umtreibt: Wie kann genügend Druck aufgebaut werden, um an den Amper Kliniken konkrete Verbesserungen für die ausgepressten Pflegekräfte zu erreichen?

Allein an der Fragestellung spiegelt sich schon ein grundsätzliches (FacharbeiterInnen)Problem wider. Die Pflege ist bei weitem nicht die einzige Berufsgruppe, die unter beschissenen Arbeitsbedingungen leidet! Das Service Personal bekommt beispielsweise nicht mal vollständige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keine Wochenend- und Feiertagszuschläge, sollen sich im Frei in Rufbereitschaft halten. Die Reinigungskräfte bekommen gerade mal einen Hungerlohn. Über die 25 langjährigen KollegInnen aus der Reinigung von der KDI Service GmbH, die letztes Jahr im Oktober gekündigt wurden, kräht kein Hahn mehr. Diese KollegInnen, die ohne konkrete Ausbildung arbeiten sind nicht interessant genug? Klar läuft's bei uns schlecht. Aber die haben fast niemanden. Drückt Euch nicht davor, mal darüber nachzudenken.

Welche bisherigen Lehren und Schlussfolgerungen zieht Ihr aus dem Konflikt?

Dass wir die Selbstorganisation weiter betreiben müssen. Dass wir nicht die Initiative an politische Organisationen oder Gewerkschaften abgeben werden. Dass wir uns gerne solidarisch unterstützen lassen. Dass ArbeiterInnen keine Avantgarde benötigen. Dass unsere KollegInnen, fernab der hochpolitischen linken Szenerie, mehr Power besitzen, als von dieser angenommen. Dass sie keiner revolutionären Theorie bedürfen, um sich zu radikalieren. Dass die Befreiung der ArbeiterInnen nur das Werk der ArbeiterInnen selbst sein kann!!

MADAME ASCASO

DR. MANDINGO



Starke Frauen - heute fast vergessen



Folge 1: Zenzl Mühsam

Ab dieser Ausgabe der „Direkte Aktion München“ starten wir eine Serie über bemerkenswerte Frauen in der Geschichte. Und zwar nicht irgendwelcher Frauen, sondern fast vergessene Aktivistinnen der libertären und proletarischen Bewegung. Geschichtsschreibung – auch der linken bzw. sozialistischen – ist oft genug Beschreibung der bekannten männlichen Protagonisten und ihrer Ideen. Dass zu allen Zeiten Frauen einen großen Anteil an den Kämpfen hatten, wird dabei zu häufig ausgeblendet.

Aus diesen Gründen werden wir das Thema „Starke Frauen!“ in dieser Zeitung regelmäßig behandeln. Dabei wird jeweils ein in sich abgeschlossener Artikel eine der fast vergessenen Frauen behandeln. Den Anfang macht

Zenzl Mühsam

Der auch heute noch bekannte Literat und Anarchist Erich Mühsam wird in der Nacht von 9. zum 10. Juli 1934 im Konzentrationslager Oranienburg von SS-Leuten brutal ermordet. Neben seinem schriftstellerischen Schaffen bleibt vor allem sein Engagement während der Bayerischen Räterepublik 1919 in Erinnerung. Aber bereits zu diesem Zeitpunkt ist Crescenz – genannt Zenzl – Mühsam eine ebenso umtriebige wie einflussreiche Aktivistin auf Seiten der revolutionären Kräfte. Nach Niederschlagung der rätesozialistischen Revolution in Bayern und Verbüßung einer langjährigen Festungshaft Erichs – wobei Zenzl ebenfalls zeitweise verhaftet und inhaftiert wird – ziehen die Mühsams

nach Berlin.

Während ihr Ehemann Erich sechs Jahre im Gefängnis sitzt, organisiert Zenzl Hilfen für alle politischen Gefangenen, die an der Bayerischen Räterepublik beteiligt waren und setzt sich für deren Amnestierung ein. Sie betreibt Nähstuben für die „Russland-Hilfe“ und nimmt am ersten Kongress der „Roten Hilfe“ – einer mittlerweile gegründeten Schutzorganisation für politische Gefangene – in Berlin teil. Dort lernt sie die ehemalige Sekretärin von Lenin, Helene Stassowa, kennen. Am 28. April 1923 schreibt sie einen Brief an Lenin mit der Bitte, Erich Mühsam nach Russland zu holen, was jedoch nicht geschieht. Stattdessen entschließen sich die Mühsams nach Erichs Entlassung von München nach Berlin umzuziehen. Die Rote Hilfe organisiert dabei einen begeisterten Empfang auf dem Anhalter Bahnhof. In der Berliner Zeit engagiert sich Zenzl weiter für die Rote Hilfe bzw. die politischen Gefangenen.

Nach dem gewaltsamen Tod ihres Ehemanns durch die Nazis wird die Bewahrung des Nachlasses von Erich Mühsam – sowohl dessen politischer wie literarischer Schriften – zur zentralen Aufgabe von Zenzl. Ohne ihrem zum Teil lebensbedrohlicher Zutun wäre das Schaffen von Erich Mühsam der Nachwelt teilweise oder sogar ganz verloren gegangen.

Die Jahre im Exil

Zunächst übergibt Zenzl den Nachlass in die Obhut von Ernst Simmerling und bringt sich in Sicherheit, indem sie nach Dresden flüchtet. Von dort aus

Die Geschichte lehrt ständig, findet aber keine Schüler.

(INGEBORG BACHMANN)

verhaftet und in die Verbannung geschickt wird.

Rückkehr nach Deutschland

Durch Stalins Tod im Jahr 1953 entspannt sich ihre Situation in der UdSSR. Nach der Rückgabe ihres deutschen Passes zieht sie am 27. Juni 1955 nach Berlin, der damaligen Hauptstadt der DDR, wo sie den Rest ihres Lebens verbringt. Bald erfolgt die feierliche Übergabe von 94 000 Mikrofilm-Kopien des Mühsamnachlasses durch das Gorki-Institut an die Akademie der Künste in Berlin. Nun beginnt der Kampf von Zenzl um eine Veröffentlichung des Nachlasses in der DDR.

Einerseits wird sie von den DDR-Behörden mit Auszeichnungen geehrt (u.a. eine Medaille als „Kämpferin gegen den Faschismus“), auf der anderen Seite aber können nur stark gekürzte Auswahlen der Gedichte und Schriften von Erich Mühsam erscheinen. Die Stasi versucht ohne Erfolg, sie zu Spitzeldiensten anzuwerben und hat ein starkes Interesse daran, dass nichts über die unmenschlichen Bedingungen in den sowjetischen Gulags nach außen dringt.

Zenzl stirbt schwerkrank 78-jährig am 10. März 1962 an Lungenkrebs. Erst 1992 findet eine Umbettung der Urne von Zenzl Mühsam in das Grab von Erich Mühsam auf dem Westberliner Waldfriedhof Dahlem statt.

Jedes Jahr wird in der Hauptstadt eine große Gedenkveranstaltung zu Ehren von Erich Mühsam durchgeführt. Seine Frau jedoch, die ein ganz eigenständiges politisches Leben und einen langen Leidensweg hatte wird dabei kontinuierlich übersehen. Was dabei vor allem auffällt ist die Tatsache, dass ohne Zenzl Mühsam der Nachlass nicht gerettet und eine vollständige Veröffentlichung nicht möglich gewesen wäre.

ALEXA

überschreitet sie am 15. Juli 1934 die Grenze zur damaligen Tschechoslowakei. Im September des gleichen Jahres wird mit Hilfe eines Buchhändlers und dem tschechischen Presseattaché der Nachlass im Diplomatengepäck nach Prag geschmuggelt. In der Folge berichtet Zenzl immer wieder vor internationalen JournalistInnen über die deutschen Konzentrationslager.

Nachdem Zenzl mehrfach das Angebot, in die Sowjetunion zu kommen ablehnte, folgt sie schließlich doch dem Ruf, nach



Moskau überzusiedeln, um ihrem Neffen Arbeit zu beschaffen. Vorausgegangen war dem das Erscheinen einer Broschüre über den Leidensweg von Erich Mühsam und die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft Zenzls. Nach ihrer Ankunft in Moskau am 8. August 1935 hält sie Vorträge über die Gräueltaten in Nazideutschland vor bis zu 16 000 ArbeiterInnen. Erschöpft und ausgelaugt unternimmt Zenzl eine Erholungsreise auf die Halbinsel Krim.

Opfer der stalinistischen Schauprozesse

Im Februar 1936 kommt der Nachlass nach Moskau und wird dem Maxim-Gorki-Institut für internationale Weltliteratur übergeben. Zwei Monate später wird

Zenzl Mühsam erstmals als „trozkistischer Spion“ verhaftet. Ruth Österreich unterbreitet von Prag aus den Mühsam-Geschwistern in Palästina Aktionsvorschläge für eine Kampagne zur Freiheit für Zenzl, während diese in die Festung Butyrka gebracht wird. Auf Grund internationaler Proteste erfolgt im Oktober 1936 ihre Entlassung, verbunden mit der Auflage des stalinistischen Geheimdienstes NKWD, Moskau zu verlassen.

Als Besitzerin der Autorenrechte beginnt sie, für die Herausgabe der „Unpolitischen Erinnerungen“ und der „Jolly Gedichte“ Forschungen in Bibliotheken und Instituten und beantragt im Sommer 1938 ein Visum zur Ausreise in die USA. Es ist zu vermuten, dass die Ablehnung erfolgte, um Berichte über die stalinistischen Schauprozesse und die Lage in den sowjetischen Straflagern zu verhindern.

Am 16. September 1939 wird Zenzl erneut verhaftet und unter der Beschuldigung „Teilnahme an einer konterrevolutionären Organisation und Agitation“ zu acht Jahren Arbeitsbewahrungslager verurteilt.

Zeitweise sitzt sie wieder in der Festung Butyrka und trifft dort auf andere deutsche Frauen aus dem Gulag, die ebenfalls auf ihre Auslieferung an die Gestapo warten, darunter u.a. Carola Nehr und Margarete Buber-Neumann, eine in der Sowjetunion verfolgte deutsche Kommunistin.

Lagerhaft und sibirische Verbannung wechseln sich in den folgenden Jahren ab, bis sie ein Eisenbahnarbeiter erkennt und nach Moskau schmuggelt. Aufgrund einer Denunziation wird sie dort nach einiger Zeit den Behörden gemeldet, die ihr den Aufenthalt in der Hauptstadt verbieten. Zeitweise arbeitet sie in einem Kinderheim in Iwanowo bei Moskau, bis sie erneut

There is Power in a Union

Es ist Kraft in einer Fabrik, Kraft im Boden
Kraft in den Händen einer Arbeiterin
Aber das zählt alles nicht, wenn wir nicht zusammenstehen
Es liegt Macht/Kraft in einer Gewerkschaft

Die Lehren der Geschichte wurden bisher alle mit dem Blut der
ArbeiterInnen gemacht
Für die Fehler der Bosse müssen wir bezahlen
Von den Städten und Bauernhöfen zu den Schützengräben
voller Schlamm
Krieg war immer der Weg, den die Bosse eingeschlagen haben,
jajohl

Die Gewerkschaft wird auf immer unsere Rechte verteidigen
Gegen ihr: „Nieder mit den Bergleuten“, alle ArbeiterInnen
vereint euch
Mit unseren Brüdern und unseren Schwestern aus vielen weit
entfernten Ländern
Es liegt Macht/Kraft in einer Gewerkschaft

Ich sehne mich jetzt nach dem Morgen
an dem sie erkennen
Brutalität und ungerechte Gesetze können uns nicht besiegen
Aber wer wird die ArbeiterInnen verteidigen, die sich nicht
organisieren können
Wenn die Bosse ihre Lakaiaen aussenden,
um uns zu betrügen?

Geld spricht für Geld, der Teufel für sich selbst
Wer kommt und setzt sich für die Ärmsten ein
Welcher Trost für die Witwen, welcher Lichtblick für das Kind
Es liegt Macht/Kraft in einer Gewerkschaft

Die Gewerkschaft wird auf immer unsere Rechte verteidigen
Gegen ihr: „Nieder mit den Bergleuten“, alle ArbeiterInnen
vereint euch
Mit unseren Brüdern und unseren Schwestern aus vielen weit
entfernten Ländern
Es liegt Macht/Kraft in einer Gewerkschaft

There is power in a factory, power in the land
Power in the hands of a worker
But it all amounts to nothing if together we don't stand
There is power in a Union

Now the lessons of the past were all learned with workers' blood
The mistakes of the bosses we must pay for
From the cities and the farmlands to trenches full of mud
War has always been the bosses' way, sir

The Union forever defending our rights
Down with the blackleg, all workers unite
With our brothers and our sisters from many far off lands
There is power in a Union

Now I long for the morning that they realise
Brutality and unjust laws can not defeat us
But who'll defend the workers who cannot organise
When the bosses send their lackies out to cheat us?

Money speaks for money, the Devil for his own
Who comes to speak for the skin and the bone
What a comfort to the widow, a light to the child
There is power in a Union

The Union forever defending our rights
Down with the blackleg, all workers unite
With our brothers and our sisters from many far off lands
There is power in a Union.

Erläuterungen zum Lied:

„There is power in a union“ ist wohl eine der eindrucksvollsten Hymnen, die je auf die Gewerkschaften getextet und komponiert wurden. In diesem Lied entfaltet der politische Songwriter Billy Bragg aus Großbritannien die ganze Kraft, Würde und Faszination, die in einer wirtschaftlichen Kampforganisation des Proletariats schlummern. Billy Bragg gründete 1977 – nach dem Besuch eines Konzerts von The Clash – die Punkband Riff Raff, die sich vier Jahre später wieder auflöste. Fortan schlägt er sich mit elektrischer Gitarre als Straßenmusiker und im Vorprogramm anderer KünstlerInnen in London durch. Sein Debütalbum als Solokünstler brachte ihm 1983 erste Erfolge. Gleichzeitig wird Billy politisch aktiv, beispielsweise gegen das Apartheidsregime in Südafrika oder in der Anti-Atom-Bewegung. Das für ihn wohl einschneidendste Engagement wird sein aktives Eintreten für die britischen Bergleute in deren militanten 12-monatigen Streik 1984/85. Er spielt viele Solidaritätskonzerte für die Miners und überlässt ihnen Verkaufserlöse aus seinen Platten. Die konservative Thatcher-Regierung geht äußerst brutal gegen die streikenden Bergleute vor und verschleierte dabei nicht, dass es ihr unter anderem darum geht, die Macht der kämpferischen Bergarbei-

tergewerkschaft NUM zu brechen. Diese Erfahrung verarbeitet B. Bragg in diesem Song und nicht zufällig sind in dem drei Jahre nach Ende des Streiks entstandenen Lied Querverweise an die Bergarbeiter enthalten. Der Workingclass Singer unternimmt immer wieder ausgedehnte Tourneen durch die USA, auf denen er vor allem als Interpret von Woody Guthrie-Songs auffällt, einem seiner großen Vorbilder.

Mitte der 1980er Jahre gibt er jedoch auch Konzerte in Nicaragua und durchbricht mit Konzerten in Ostberlin und der UdSSR den Eisernen Vorhang.

Weiterhin äußert und engagiert er sich politisch, indem er scharf gegen die britische Monarchie Stellung bezieht, die Bush-Regierung öffentlich wegen des Irakkriegs kritisiert und sich an antifaschistischen Initiativen beteiligt.

Billy Bragg hat nach seinen eigenen Worten immer versucht, Pop und Politik miteinander zu verbinden. In einem Interview antwortete er auf die Frage, ob die Haltung „socialism of the heart“ (ein von ihm selbst verwendeter Begriff) immer noch seine Antriebsfeder sei:

„Mehr als das. Er ist Leidenschaft. Er ist für mich der Grund, an die Menschheit als solche zu glauben, nicht aufzugeben und auf keinen Fall zynisch zu werden.“



Salvador - Kampf um die Freiheit

Ein Film über Salvador Puig Antich

„Die Zeit wird kommen, da unser Schweigen im Grabe mächtiger sein wird als unser Reden.“

(die letzten Worte von August Spies - Arbeiter und Anarchist aus Chicago - am 11. November 1886 kurz vor seiner Hinrichtung)

Films der Knastzeit und Hinrichtung von Salvador gewidmet ist. Er ist somit ganz allgemein ein Statement gegen Unterdrückung und Repression in einer Gewaltdiktatur. Dies ist Stärke und Schwäche zugleich. Mit seinen langen Gefängniszenen und der quälend langen Darstellung der Hinrichtung von Salvador packt der Film sein Publikum emotional und unmittelbar. Auf der ande-

nistischen Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras - CC.OO.) Die CC.OO. waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht die reformistische Gewerkschaft am Gängelband der spanischen KP die sie heute ist, sondern radikale ArbeiterInnen-zusammenschlüsse. Salvador erlebte am eigenen Leib die ganze Brutalität der franquistischen Repressionsorgane, die in Demonstrationen und Streik-

Hinrichtung, die von der spanischen Regierung jedoch ignoriert wurden.

Das MIL-GAC

Im Film kommt die katalanisch-französische Guerillaorganisation MIL-GAC - in der Salvador gekämpft hat - zwar vor, aber über ihre Ideen wird nur gesagt, dass sie die radikalsten Teile der ArbeiterInnenklasse unterstützen wollen. Das „Movi-

Wichtigkeit einnahmen und somit zu viele personelle Ressourcen gebunden waren. Das MIL-GAC hat nicht lange existiert, spielte aber speziell in Katalonien eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Radikalisierung der ArbeiterInnenkämpfe. Seine Bedeutung bezog sich unter anderem auf die Tatsache, dass in ihnen anarchistische und marxistische Militante aus ver-



Der Film

Als der Film „Salvador - Kampf um die Freiheit“ vor zwei Jahren in Spanien in den Kinos anlief, entwickelte er sich neben Pedro Almodovars „Volver“ zum erfolgreichsten Film des Jahres 2006. In Deutschland hingegen lief er im darauffolgenden Jahr nur in ausgewählten Programmkinos und dort auch nur für kurze Zeit.

Jetzt ist er endlich auf DVD erhältlich.

Der Film erzählt die Geschichte des 1948 in Barcelona geborenen und dort aufgewachsenen linksradikalen Aktivisten Salvador Puig Antich, der am 2. März 1974 als letzter politischer Gefangener Spaniens durch die Garotte (Würgeschraube) hingerichtet wurde.

Die Idee zu diesem Film entstand im Jahr 2003, als der Produzent Jaume Roures die Rechte an Paco Escribanos Buch über Salvador Puig Antich kaufte und den Regisseur Manuel Huerga auf ein gemeinsames Filmprojekt ansprach. Dieser war sofort von diesem Gedanken begeistert und gefangen. Zwar gingen nun alle Beteiligten an diesem Vorhaben mit viel Herz und Idealismus an die Sache heran, doch merkt man dem Film an, dass er für ein Massenpublikum gedreht wurde und sein kommerzieller Erfolg in Spanien durchaus gewollt war.

Dies schlägt sich beispielsweise in der Tatsache nieder, dass wenig über die politischen Hintergründe im franquistischen Spanien gezeigt wird - etwa die ArbeiterInnenkämpfe - oder dass die Diskussionen, die zum Entschluss führten eine Guerillaorganisation zu gründen, kaum vorkommen. Dazu passt, dass über die Hälfte des

ren Seite fehlen politische Aspekte oder etwa Hinweise auf den weltweiten Aufbruch einer rebellischen Jugend in der Folge der Sozialrevolte von 1967/68 und die Überlegungen, die international zu vielen Stadtguerillagruppen führten. Was der Film hingegen sehr gut transportiert, ist das Zeitgeistgefühl Anfang der 1970er Jahre. Die Klamotten, die Orte, die Autos und die Musik (z.B. B. Dylan, Jethro Tull etc.) versetzen die ZuschauerInnen authentisch in diese Zeit zurück. Für die Massenszenen (Demonstrationen) wurden bei den Dreharbeiten in Barcelona Straßen für mehrere Tage gesperrt und dabei bis zu 500 StatistInnen eingesetzt. Der Film kulminiert schließlich in den ergreifenden Schlusszenen, in denen die letzten zwölf Stunden vor der Hinrichtung im Gefängnis gezeigt werden und die Salvador zusammen mit drei seiner Schwestern verbringt. Währenddessen laufen die Rettungsaktionen für sein Leben - vergeblich - auf Hochtouren. Die Hinrichtung selbst, durchgeführt mit der Garotte, wird sehr lang und ausführlich gezeigt.

Auf die Frage, warum die Hauptrolle mit dem deutschen Schauspieler Daniel Brühl besetzt wurde, antwortete der Regisseur Huerga: „Er hatte hier etwas ganz Bestimmtes zu geben. Daniel vermittelt Glaubwürdigkeit, bringt einen allgemeingültigen Charakter. Ich glaube, es ist wichtig, dass die Rolle überall auf der Welt verstanden wird.“

Salvador Puig Antich

Ende der 1960er Jahre beteiligte sich Salvador als 20-jähriger Student in Barcelona an den Kämpfen gegen die Franco-Diktatur. Er suchte vor allem den Kontakt zu den gerade entstehenden kommu-

posten hineinschossen und RegimegegnerInnen in Folterkellern verschwinden ließen. Mit 22 Jahren ging er in den Untergrund und schloss sich dem MIL-GAC an. Er überfiel Banken und finanzierte mit dem erbeuteten Geld Streiks oder unterstützte damit die Familien von inhaftierten GewerkschafterInnen.

Nach den Aktionen musste Salvador mit seinen MitkämpferInnen immer wieder nach Frankreich ausweichen, bis er schließlich am 25. September 1973 bei einer Schießerei mit einer Spezialeinheit der Guardia Civil in Barcelona einen Polizisten tötete und dabei festgenommen wurde. Im Gefängnis Modelo in der katalanischen Hauptstadt wartete er auf seinen Prozess. Als am 20. Dezember 1973 der Regierungschef Luis Carrero Blanco von einem ETA-Kommando in die Luft gejagt wurde, statuierte der spanische Staat ein Exempel. Ein Militärtribunal verurteilte Salvador Puig Antich zum Tode. In vielen Ländern Europas kommt es zu Demonstrationen und Kundgebungen gegen die drohende

miento Iberico de Liberacion - Grupos Autonomos Combat“ (Iberische Befreiungsbewegung - Autonome Kampfgruppen) ist im Februar 1971 in Barcelona entstanden und hat sich bald auf die südfranzösische Stadt Toulouse ausgedehnt. Von Anfang an gab es in ihr mindestens zwei Strömungen. Die meisten Militanten aus der katalanischen Metropole waren VerfechterInnen der Arbeiterautonomie und vertraten einen unorthodoxen Marxismus rätekommunistischer Prägung. Die französischen Teile des MIL-GAC hingegen waren in der Mehrzahl Libertäre, bei denen auch der Situationismus eine Rolle spielte.

Was beide Tendenzen verband, war der Bezug auf die ArbeiterInnenklasse und den Klassenkampf.

Das politische Konzept sah vor, bewaffnete Agitation zu betreiben, militante Streiks zu unterstützen bzw. radikalisieren, um über bewaffnete Unruhen zu einer revolutionären Situation zu gelangen.

Dazu wurden zwei Projekte gestartet. Das eine war die schriftliche Agitation, also die Herausgabe von Flugblättern, Broschüren und Büchern. Der Schwerpunkt dieser Aufgabe lag eindeutig in Südfrankreich, wo zu diesem Zweck zweimal erfolgreich Druckmaschinen in Toulouse gestohlen wurden. Das MIL-GAC gab viele wichtige rätekommunistische Texte zum erstenmal in Spanisch heraus.

Der zweite Ansatz waren Banküberfälle in Barcelona, zur Sicherstellung der Logistik der Gruppe, aber auch zur Finanzierung von Streiks sowie der verlegerischen Arbeit. Es gab bald Streit in der Organisation, da die bewaffneten Enteignungsaktionen eine zu große

schiedenen Ländern gemeinsam kämpften und sie über den reinen Anti-Franco-Kampf weit hinausgingen. Ihre Hauptanliegen waren:

- antikapitalistischer Kampf
- Unabhängigkeit der Klasse durch Selbstorganisation
- Ende der Lohnarbeit
- Emanzipation des Proletariats

Im Sommer 1973 beschloss ein



Kongress des MIL-GAC die Selbstauflösung. Eine Reorganisation verhinderte die Schießerei im September 1973 in Barcelona, während der Salvador verletzt und wie weitere Mitglieder der Stadtguerilla-gruppe verhaftet wurde. Einer der herausragenden MIL-Aktivist, der Katalane Oriol Sole Sugranyes, wurde während seiner Flucht im April 1976 von der Guardia Civil im baskischen Navarra erschossen. Zu dieser Zeit existierte in Frankreich bereits eine Nachfolgeorganisation des MIL-GAC, die antiimperialistischen „Groupes d'action revolutionnaire internationalistes“ (Gari), aus deren Teilen später die französische Stadtguerilla „Action directe“ (AD) hervorging. In allen dieser drei bewaffneten Organisationen (MIL, Gari, AD) kämpfte Jean-Marc Rouillan.

ROMAN

(ALLGEMEINES SYNDIKAT)





Arbeiter haben kein Vaterland

(KOMMUNISTISCHES MANIFEST VON 1848)

AG Jugend in der FAU

Seit einem Jahr diskutieren Jugendliche und junge Menschen bundesweit über eine Koordinierung und eigenständige Vernetzung innerhalb der FAU. Diese Überlegungen wurden auf dem diesjährigen Jahreskongress der FAU konkreter besprochen. Teil dieser Diskussion ist eine Gruppe Jugendlicher der Lokalföderation München. Noch existieren keine feste Organisationsformen, aber es ist klar, dass wir auf unse-

re Autonomie bestehen und persönlichen Kontakt zueinander halten wollen. Um die Kommunikation zu erleichtern, wurde ein Verteiler sowie ein internes Forum eingerichtet. Die Themenfelder unserer Arbeitsgruppen sind u.a. Bildung, Kultur, Anarchismus, Antifaschismus,

Antirassismus und Wehrdienst. Zusätzlich wollen wir gewerkschaftliche Fragen, die uns zum Teil auch selber betreffen, wie Praktika, Minijobs und Ausbildungsprobleme in Angriff nehmen. Dahinter steht die Idee, die Gewerkschaft, in der wir Mitglied sind, mitzugestalten und unsere eigenen Interessen als

Jugendliche zu vertreten. Gemäß dem Prinzip der Selbstorganisation in allen Lebensbereichen wollen wir eigenständig und solidarisch handeln. Wir möchten zeigen, dass es möglich ist, miteinander und nicht im kapitalistischen Sinn gegeneinander zu agieren. Geplant ist zudem eine eigene Internetpräsenz, mit der wir unsere Positionen nach außen hin darstellen können. Ende November wird es in Hannover ein weiteres Wochenendtreffen der FAU-Jugendlichen geben, auf dem das weitere Vorgehen besprochen und koordiniert wird.



projekte.free.de/faum

Website der Lokalföderation München



www.fau.org

Website der bundesweiten FAU/IAA

Kontakt

Freie ArbeiterInnen Union - Lokalföderation München
Schwanthalerstr.139 (Rgb.)
80339 München

Alle Termine finden im Gewerkschaftsbüro (Adresse s.o.) statt

Allgemeines Syndikat:
Telefon: 089/51 26 20 19
E-Mail: faum@fau.org
Offenes Treffen jeden Mittwoch 18.00 bis 21.00 Uhr
(keine Treffen an Feiertagen)

Bildungssyndikat:
Telefon: 0175/4155326
E-Mail: faum9@fau.org

Gesundheitssyndikat:
E-Mail: faum14@fau.org

Rosa Luxemburg

„Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegte Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft.“

Aus: "ZUR RUSSISCHEN REVOLUTION" (1918)

Impressum

Herausgegeben von dem Allgemeinen Syndikat (Asy), Bildungssyndikat (Bsy) und dem Syndikat für Gesundheits- und medizinische Berufe/Sanita (Gsy) in der FAU-IAA - Lokalföderation München

V.i.S.d.P.: W.Kick / Schwanthalerstr. 139 (Rgb.) / 80339 München / E.i.S.
Auflage: 1000

Die Erstellung der Zeitung erfolgte mit kostenlosen Open-Source-Programmen so wie Scribus (Layout), OpenOffice (Textverarbeitung) und Gimp (Grafik). Sämtliche Texte sind frei nutz- und vervielfältigbar. Über einen Beleg würden wir uns freuen.



1. Mai 2008 in Madrid

weltwirtschaft
cafe bar restaurant

Schwanthalerstr. 80
U4/U5 Theresienwiese



Solidarität: GB-Repression blockieren!

Rote Hilfe e.V.
Konto 101 100 462
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund
Sichwort: GB-Gipfel

Solidarisieren - Spenden - Beitreten

Rote Hilfe e.V. Bundesvorstand Tel.: 0551 - 770 8008
Postfach 3255 Fax: 0551 - 770 8009
37022 Gottingen www.rote-hilfe.de

www.direkteaktion.org

Kalte Zeiten, heiße Seiten

[Zündstoff gegen soziale Kälte]

DA
DIREKTE AKTION
Dokumentationsstelle

Probheft gratis!
da-abo@fau.org

FAU DIE ERSTEN 30 JAHRE
1977 - 2007

Lesebuch über die Geschichte der FAU von 1977 bis 2007. 256 Seiten und über 300 Abbildungen. Bestellbar für 14,50 € bei www.syndikat-a.de